A4NEU4 Kapitel 4: Mobilität

Gremium: Vorstand Grüne Oberursel
Beschlussdatum: 10.08.2020

Text

Wir GRÜNE stehen global und vor Ort für eine Mobilitätswende, die die Treibhausgas-Emissionen des Verkehrs entsprechend den Beschlüssen des Pariser Abkommens auf nahezu Null bringt und dabei den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Unsere Vision ist es durch eine konsequente Förderung von Fuß- und Radverkehr und des ÖPNV eine uneingeschränkte und sichere Mobilität auch für die schwächsten Verkehrsteilnehmer zu garantieren. Gleichzeitig leisten wir dadurch einen Beitrag zu Klima- und Gesundheitsschutz sowie zur Verbesserung der Lebensqualität aller Oberurseler.

Die Sicherheit von Fußgängern steht dabei an vorderster Stelle. Egal ob Kinder auf dem Schulweg, ältere Mitbürger beim Einkaufen, Mobilitätseingeschränkte oder Sehbehinderte oder alle anderen, die ohne Fahrzeug unterwegs sein wollen: Wir GRÜNEN sorgen dafür, dass deren Bedürfnisse bei der Gestaltung der Verkehrswege berücksichtigt werden.

Mit dem Ziel, den öffentlichen Raum sowohl lebenswerter und sicherer zu machen, als auch den Verkehrsfluss für alle zu verbessern, wollen wir GRÜNE das Konzept des „Shared Space“ für Oberursel umsetzen. Wo dies möglich und sinnvoll ist, hat dann nicht mehr ein Verkehrsmittel Vorrang vor allen anderen, sondern alle Verkehrsteilnehmer nutzen völlig gleichberechtig einen gemeinsamen Raum.

Für die Verkehrssituation auf der Nassauer Straße benötigen wir dringend eine Lösung. Zentrale Elemente dieser Lösung sind für uns GRÜNE, neben der Neugestaltung der Nassauer Str. und des Bahnhofsvorplatz auch die Implementierung einer multimodalen Verkehrslösung für diesen Bereich (Fahrradparkhaus, Carsharing, Fahrradverleih, Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge etc.). und der Radschnellweg.

Wir GRÜNEN wollen einen attraktiven Bahnhofvorplatz als Verknüpfungspunkt der verschiedenen Verkehrsmittel, der auch den Sicherheitsanforderungen an den Schulweg zu den nahegelegenen weiterführenden Schulen gerecht wird. Die Gestaltung dieses Areals für alle Verkehrsteilnehmer hat Vorrang vor einem Ausbau der Straßenanbindung zur Weingärtenumgehung.

Oberursel verfügt mit der U3 über ein beliebtes Nahverkehrsangebot. Die gute Anbindung an die Metropolregion Rhein-Main macht Oberursel als Wohn- und Investitionsstandort attraktiv. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet auch das Stadtbussystem, das Metropolregion und Oberurseler Zentrum mit den Ortsteilen verzahnt. Für die Ortsteile ist dabei die lückenlose Verknüpfung von U-Bahn und Stadtbussystem von zentraler Bedeutung. Wir wollen zusätzlich prüfen, wie das Stadtbussystem um ein flexibles On-Demand-System ergänzt werden kann, um die Anbindung der Ortsteile zu optimieren.

Wir wollen zudem die Oberurseler Stadtbusse auf ein klimafreundliches Antriebssystem umstellen und die Infrastruktur des Stadtbussystems kontinuierlich weiterentwickeln. Seit Jahren kämpfen wir GRÜNEN erfolgreich für modern gestaltete, helle und barrierefreie Haltepunkte und sind sicher: Jeder

Euro für den Nahverkehr ist eine Investition in die Zukunft. Daher werden wir uns auch weiterhin für die konsequente Weiterführung des barrierefreien Ausbaus der Haltestellen einsetzen.

Die Benutzung des Fahrrades als Alltagsverkehrsmittel soll noch selbstverständlicher werden. Wir GRÜNEN meinen hierzu: Die Nutzung des Fahrrads muss für alle Bevölkerungsgruppen – auch die schwächsten - sicher, leicht und zügig möglich sein. Das Radwegenetz hat sich zwar durch dessen kontinuierlichen Ausbau zuletzt gut entwickelt. Diese Entwicklung gilt es durch die Weiterentwicklung des städtischen Radverkehrskonzeptes und dessen Anpassung an neueste verkehrspolitische Erkenntnisse weiter voran zu treiben. Infrastruktur sollte so geplant und gestaltet werden, dass sie für eine sichere und gemeinsame Nutzung von Fahrrädern, Lastenrädern, Fahrrädern mit Anhängern und Elektrofahrrädern geeignet ist. Zu dem Ausbau einer zukunftsorientierten Infrastruktur gehört sicher auch ein die Nachfrage vorwegnehmendes Angebot an modernen Fahrradständern zur Verfügung zu stellen, die auch für Lastenräder geeignet sind.

GRÜNE Verkehrspolitik für Oberursel heißt konkret:

• Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit im Stadtgebiet, sobald die Gesetzgebung dies ermöglicht. Bis dahin: Tempo 30 im Nebenstraßennetz (Seitenstraßen, Wohnstraßen etc.) und auf Teilabschnitten der Hauptstraßen

• Verkehrsberuhigung im Bereich der Eppsteiner Straße und Ausweisung von Shared-Space-Bereichen in der Kernstadt wie z.B. im Bereich der Ackergasse und der Unteren Hainstraße

• Ergreifen von Maßnahmen, um Tempolimits sicherzustellen z.B. durch bauliche Veränderungen und Geschwindigkeitsanzeigen

• Konsequente Weiterführung des barrierefreien Ausbaus der Bushaltestellen

• Prüfung ob durch den partiellen Umstieg auf Kleinbusse die Taktung in Randzeiten erhöht und damit die Anbindung der Ortsteile optimiert werden kann (Bsp. Kronberg)

• Prüfung eines flexiblen On-Demand-Systems zur Ergänzung des Stadtbussystems

• Umrüstung der Busflotte zur Reduzierung von Schadstoff- und Lärmemissionen

• Ausbau des Stromtankstellennetzes zur Förderung der Elektromobilität

• Die Stellplatzsatzung soll dahingehend geändert werden, dass bei allen neu zu erstellenden KFZ-Stellplätzen, die Voraussetzungen für die Installation einer Lademöglichkeit für Elektro-KFZ geschaffen werden, zumindest durch die Verlegung von Leerrohren

• Ausweisung von Zeppelinstraße, Herzbergstraße und Erich-Ollenhauer-Straße als Fahrradstraßen, um dieser zentralen Achse des Schülerradverkehrs gerecht zu werden

• Umgestaltung von für den Radverkehr gefährlichen Kreuzungen wie z.B. dem Homm-Kreisel

• Bestellung eines ehrenamtlichen kommunalen Radfahrbeauftragten, der als Träger öffentlicher Belange in der Verkehrs- und Bauleitplanung gehört werden muss

- Förderung von Planung und Umsetzung des Radschnellweges Frankfurt-Vordertaunus
- Einführung und Unterstützung eines Verleihsystems für Lastenfahrräder
- Förderung und Ausbau des bestehenden Car-Sharing Angebote
    - Alle Straßen ohne Bürgersteig werden verkehrsberuhigte Zonen bzw. Shared Space Bereiche
    - Verzicht auf die Südumgehung
    - Eine Öffnung des Seedammwegs für den Autoverkehr lehnen wir ab.